

## **Kennzahlenvergleich statt Machbarkeitsstudie: CDU will pragmatische Lösung**

### **Christdemokraten legen Vorschlag zur interkommunalen Zusammenarbeit vor**

Erst war von einer Eingemeindung die Rede, nun soll in einer groß angelegten Machbarkeitsstudie zumindest eine engere Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde Großkrotzenburg und der Stadt Hanau geprüft werden. 1200 Unterschriften hat eine Bürgerinitiative hierfür gesammelt. Einen Kompromissvorschlag hat der CDU-Fraktionsvorsitzende Max Schad gemeinsam mit der neu gewählten CDU-Vorsitzenden Theresa Neumann erarbeitet. „Wir glauben, dass sich ein großer Teil der Forderungen nach Kostenvergleich und interkommunaler Zusammenarbeit auch ohne eine teure Studie erreichen lässt. Einen Großteil der aufgeworfenen Fragen können wir uns selbst beantworten bzw. die Antworten aus eigener Kraft organisieren. Es sollte uns möglich sein, die Kennzahlen der Gemeinde Großkrotzenburg und der Stadt Hanau miteinander zu vergleichen“, so Max Schad und Theresa Neumann. Die CDU-Fraktion stellt daher für die nächste Sitzung der Gemeindevertreterversammlung einen entsprechenden Antrag.

So sollen u.a. die Höhe der Grundsteuerhebesätze in den Jahren 2017 bis 2020, der Schuldenstand Ende 2017 und Ende 2019, der Schuldenstand pro Einwohner, die Kindergartengebühren, die Kosten für die Leerung der gängigen Mülltonnen, die Kosten für eine Kilowattstunde Strom beim jeweiligen kommunalen Versorger, die Kosten für Wasser und Abwasser sowie die Kosten für den Erwerb eines Reihengrabs exemplarisch gegenübergestellt werden. Zudem soll der Gemeindevorstand beauftragt werden, eine Vergleichsrechnung am Beispiel einer dreiköpfigen Musterfamilie aufzustellen.

Weiter soll ein Vertreter des Kompetenzzentrums für Interkommunale Zusammenarbeit des Innenministeriums eingeladen werden, um über Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit an Hand von Best Practice Beispielen zu berichten. Darüber hinaus soll der Gemeindevorstand beauftragt werden, mit dem Magistrat der Stadt Hanau - aber auch weiteren benachbarten Kommunen - Kontakt aufzunehmen, um konkrete Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit zu erörtern. Dass sich an der grundsätzlichen Haltung der CDU-Fraktion nichts geändert hat, wird im vorletzten Punkt des Antrags deutlich. Dort heißt es: „Die Gemeindevertretung bekräftigt ihren Beschluss, keine Fusion mit der Stadt Hanau anzustreben.“ Bestärkt in dieser Haltung sehen sich Neumann und Schad durch die deutliche Ablehnung der Fusionspläne in Neuberg und Erlensee. „Unsere Auffassung ist es, die Eigenständigkeit Großkrotzenburgs in jedem Fall zu wahren, aber gleichzeitig nach Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit zu suchen.“ Zwar habe die Gemeindepolitik in der Vergangenheit das Thema immer wieder beraten. Es sei dennoch sinnvoll, sich der Frage noch einmal mithilfe von professioneller Unterstützung und unter Beteiligung der Bürgerschaft zu stellen.

„Aus unserer Sicht ist das eine schnell umsetzbare und vor allen Dingen pragmatische Lösung, die den offensichtlich vorhandenen Informationsbedarf in den Reihen der Bürgerinitiative und ihrer Unterstützer berücksichtigt, die Gemeinde aber vor unnötigen Kosten bewahrt. Die Aussage, dass die von der BI geforderte Machbarkeitsstudie die Gemeinde keinen Cent kosten würde, trifft nicht zu. Umso wichtiger ist es, dass wir hier einen unkomplizierten Kompromiss finden, der alle Seiten im Blick hat. Mit unserem Antrag wollen wir eine Brücke bauen und hoffen, dass unser Vorschlag bei den anderen Fraktionen Zustimmung findet“, betonen Theresa Neumann und Max Schad.

**Nachfolgend der Text des Antrags:**

1. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, eine Übersicht zu erstellen, bei der folgende Parameter in den Kommunen Hanau und Großkrotzenburg gegenüber gestellt werden:
  - a) Höhe der Grundsteuerhebesätze in den Jahren 2017-2020
  - b) Höhe der Gewerbesteuerhebesätze in den Jahren 2017-2020,
  - c) Schuldenstand Ende 2017 und Ende 2019 (aufgeschlüsselt jeweils in den Schuldenstand im Kernhaushalt sowie inklusive der kommunalen Gesellschaften)
  - d) Schuldenstand pro Einwohner (gleiche Aufschlüsselung wie c)
  - e) Kindergartengebühren (U3 und Ü3) im Grundmodul sowie bei einer Betreuungszeit von 8 Stunden am Tag
  - f) Kosten der Leerung der gängigen Mülltonnen (Restmüll, Papier, Biomüll, Grüner Punkt) in der kleinstmöglichen Einheit (sowie einer Information zur Häufigkeit der Leerintervalle) zum 1.12.2019
  - g) Kosten für 1 Kilowattstunde Strom Endpreis beim jeweils kommunalen Versorger im Standardtarif zum 1.12.2019.
  - h) Kosten für Wasser und Abwasser (1 m<sup>3</sup>) zum 1.12.2019
  - i) Kosten für den Erwerb eines Reihengrabs (Einzelbelegung 30 Jahre)
2. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, eine Musterberechnung der finanziellen Belastung für folgende Konstellation jeweils in Hanau und Großkrotzenburg durchzuführen:

Familie mit einem Kind, wohnt in einer Immobilie mit dem Einheitswert 150.000 Euro und zahlt entsprechende Grundsteuer; Kind geht in eine kommunale U3-Einrichtung, 7 Stunden (Mo.-Fr.) und genießt keine Gebührenbefreiung; Familie hat die kleinstmögliche Mülltonne für eine dreiköpfige Familie; bezieht 4000 Kilowattstunden Strom, 100m<sup>3</sup> Wasser sowie 20 MWh Fernwärme beim kommunalen Versorger.
3. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, im Rahmen einer öffentlichen Sitzung einen Vertreter des Kompetenzzentrums für Interkommunale Zusammenarbeit des Innenministeriums einzuladen, um über Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit insbesondere an Hand von Best Practice Beispielen zu berichten.
4. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, mit dem Magistrat der Stadt Hanau und weiteren benachbarten Kommunen Kontakt aufzunehmen, um konkrete Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit zu erörtern.
5. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, einen aktuellen Sachstand über Bemühungen und Ergebnisse zur interkommunalen Zusammenarbeit Großkrotzenburgs zu geben.
6. Die Gemeindevertretung bekräftigt ihren Beschluss, keine Fusion mit der Stadt Hanau anzustreben.
7. Das Ergebnis der Gegenüberstellung und der Termin für die Veranstaltung sind ortsüblich bekannt zu machen.